

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

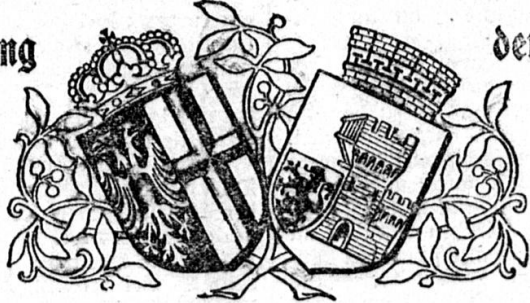
Samstag, 23. Juni 1922

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstag, 23. Juni 1922

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quintusblatt“, „Heimatvolk“, „Neuß-Grevenbroicher Sportnachrichten“. — Preis für den Monat durch Boten ins Haus geschickt Mark 24.—. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. — Reichsbank Giro-Konto. — Postfach-Nr. 3318 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unsere Blätter die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 4.— Mark (Traneranzeigen 3.— Mark), und für die 4-spaltige Reklamezeile 10.— Mark. — Anzeigen erbeten bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. — Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 143

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 23. Juni 1922 (Herz-Jesu-Feiertag)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

49. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 23. Juni. Das Reichskabinett hat gestern den zwischen dem Gesandten Dr. Gerdard und dem polnischen Botschafter Seyda abgeschlossenen Abnahmevertrag über Obererschlefen angenommen. Der Reichstag wird den Vertrag in der nächsten Sitzung behandeln.

Berlin, 23. Juni. Sämtliche Kapitane und Steuerleute der Heringsflotte der Unterelbe, der Unterweser und Ostfriesland sind von den Rhetern entlassen worden, nachdem sie den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums in der Lohnfrage abgelehnt hatten. Da auch die übrigen Mannschaften entlassen wurden, liegt die deutsche Heringsflotte still.

Berlin, 23. Juni. Der Reichstag nahm ohne Erwiderung heute den Rapallovertrag an. Die Ratschlagordnung wurde vom Reichstag dahin geändert, daß der Reichstag eine Einzahlung von 100.000 Mark und einer telegraphischen Einzahlung von 10.000 Mark festschreibt. Mit der Auszahlung weiterer 20 Millionen Mark eilender 10-Minutigen erklärte sich der Reichstag einverstanden.

Hamburg, 23. Juni. Gegen die Bäckerei des Freiheitsbundes wurden heute mitgetragene vier Sprengsätze geworfen. Der Schaden betrug sich auf die Zerstörung einer Fensterhebe. Wie erst jetzt bekannt wird, soll vor etwa 2 Wochen ein ähnlicher Anschlag gegen die Bäckerei verübt worden sein.

Wien, 23. Juni. Nach dem Bericht der österreichischen Presse, die die österreichische Grenze eine 5000 Köpfe überfüllte ganze Bevölkerung nieder und ermordeten die Bewohner. Österreichische Militär überfüllte die Grenze, die sich im Wald versteckt hatte, in regelmäßiger Schläge. 22 Banditen wurden gefangen, drei auf der Flucht erschossen, die übrigen entkamen über die italienische Grenze, wo sie ihr Versteck aufgeben mußten.

Wien, 23. Juni. Nach einer Meldung hat die technische Union, die 10.000 Telegraphen- und Telefonarbeiter umfaßt, beschloßen, falls sich heute ihre Forderungen von der Regierung nicht bewilligt werden, in den Streik zu treten.

Haag.

Haag, 22. Juni. Die erste Unterkommission der nachtrassischen Kommission, die sich mit dem Privatvermögen beschäftigt, hielt heute ihre erste Sitzung ab. Die Besprechung bezog sich auf allgemeine Fragen und die Arbeitsmethode.

Haag, 22. Juni. Ueber den Tag der Ankunft der russischen Kommission ist noch nichts Näheres bekannt geworden. In Konferenzfresen wird angenommen, daß Sitwinoff als Vorbereder der russischen Kommission fungieren wird.

England lehnt jedes Sondervergehen ab.

Paris, 22. Juni. Der diplomatische Berichterstatter Gava's erzählt, daß im Laufe der letzten Woche mehrere Noten des englischen Auswärtigen Amtes an die französische Regierung gesandt worden sind. Eine Note legt den britischen Standpunkt dar, der jedem Eingreifen bei der Durchführung der Friedensverträge feindlich ist, gemäß der von der britischen Regierung am 15. März 1919 in der Konferenz von Versailles festgestellten Grundsätze.

Die Knüppelpolitik der Völkervereinigung.

Paris, 22. Juni. Die Völkervereinigung trat heute vormittag zusammen und stellte den Wortlaut einer Note fest, welche an die deutsche Regierung, als Protest gegen die Medien des Reichspräsidenten Adolfs für eine Verbindung Österreichs mit Deutschland, gesandt werden soll. Ferner wurde der Wortlaut eines Schreibens festgestellt, an den Oberkommissar Liardard, um ihn zu benachrichtigen, daß die in Obererschlefen verhafteten politischen Gefangenen im Rheinland untergebracht werden, und um die Funktionen des Oberkommissars zu erläutern.

Die Völkervereinigung muß sich schon sagen lassen, daß das deutsche und österreichische Volk aller äußeren Gewalt unterworfen sind, daß sie sich aber nicht ihren Herzenswünschen auf die Völkervereinigung nehmen lassen. Was der Sozialdemokrat Böhm ausgesprochen, beweist alle Deutsche, Mann für Mann! Die Völkervereinigung zeigt uns wieder einmal, wie im Westen „Freiheit“ und „Demokratie“ aussehen.

Als zum Weltkrieg.

London, 22. Juni. Einer Blättermeldung zufolge belaufen sich die deutschen Zahlungen in Waren bis zum 31. März 1922 auf ungefähr 141.557.190 Goldmark.

Seldmarshall Wilson ermordet.

London, 22. Juni. Wie gestern nachmittag im Unterhaus bekannt wurde, haben gestern zwei junge Irländer den früheren Generalkonsul der

englischen Armee, Harry Wilson, auf seinem Landsitz in Wiltshire, nahe der Victoria-Station in London, ermordet. Die Täter, die nach heftigem Kampf verhaftet wurden, haben Wilson, als er aus dem Auto ins Haus trat, aufgelauert. Die ersten Schüsse gingen dadurch fehl, daß Wilson sich auf den Boden warf. Bei der Flucht ins Haus traf ihn ein Schuß in den Kopf. Der Feldmarschall stand seit längerer Zeit unter polizeilichem Schutz, da ein Attentat befürchtet wurde. Wilson ist irischer Abstammung und stammt aus Ulster, dessen Bewohner Gegner des von Sinn-Fein erstrebten freien Irlands sind.

Oberschlefen Aufstand.

Beuthen, 22. Juni. In Beuthen wurde heute früh auf dem Haupte des Kreiscontrollors die deutsche Flagge gehißt, nachdem die Militärtruppen marschieren ab. Morgen werden die Räumungsvorbereitungen in der zweiten Zone beendet sein. Das deutsche Reichswehr-Regiment Nr. 11 zieht um 11 Uhr in Beuthen ein. Morgen beginnen die Räumungsarbeiten in der dritten Zone. In dieser Zone liegen Rosenburg, Teile von Lublitz, Weiden und Gleiwitz. Die sich östlich der neuen Grenzen befinden. Am Samstag früh rückt die deutsche und polnische Polizeimannschaft in diese Zone ein. Am 25. Juni ist Flaggeneinweihung und Abmarsch der Besatzungstruppen. Der 25. Juni ist zugleich der erste Tag der Räumungsmaßnahmen in der vierten Zone. In dieser Zone liegen Kofel und Pleß, sowie die polnisch verordneten Teile von Hindenburg.

Ein Denkmal für Oberschlefen.

Breslau, 22. Juni. Ein aus Schlesien aller Konfessionen gebildeter Denkmalausschuß ruft zur Aufbringung von Kosten für ein Denkmal auf, das die Trauer des deutschen Volkes, der Heimatverlorenen und der losgerissenen Teile Oberschlesiens und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung zum Ausdruck bringen soll. Es soll an einer belebten Straße in Breslau stehen und alljährlich sollen an diesem Denkmal Feiern abgehalten werden.

Vorauszahlung des Zulagebetrags an die Beamten.

Berlin, 22. Juni. Im Beamtenausschuß des Reichstags machte die Reichsregierung die Mitteilung, sie habe gestern beschloßen, zur vorläufigen Linderung der Not der Beamten und den Ausgeglichenheiten der Bezüge für Juli bereits am 24. Juni auszahlen zu lassen. Diefelbe Anordnung habe der preussische Finanzminister getroffen, und es sei angenommen, daß die übrigen Länder entsprechend verfahren werden.

Die Reichs- und Staatsangehörigen.

Berlin, 22. Juni. Wie wir erfahren, ist der Reichs- und Staatsangehörigen für die Angehörigen bei den Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen von den beteiligten Regierungen am 30. September gefordert worden. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages werden am 30. Juni im Reichsfinanzministerium beginnen.

Berlin, 22. Juni. Im Reichsfinanzministerium sind gestern die Besprechungen über die Lohnsteuern für die Reichs- und Staatsangehörigen beendet worden. Die Aufstellungen betragen für alle Dienstklassen in Lohngruppe I 3,70 M., Lohngruppe II, III und IV 3,60 M., Lohngruppe V 3,55 M., Lohngruppe VI 3,50 M., Lohngruppe VII 3,45 M. Die Abzüge wurden von 1,20 M. erhöht. Ueber die Abzüge für die Abnahme der Arbeitszeit ist vereinbart worden, daß über die geltenden mitgeteilten Richtlinien besondere Verhandlungen stattfinden werden, die voraussichtlich am 23. Juni beginnen. In den nächsten Tagen werden auch im Reichsverkehrsministerium noch besondere Besprechungen über das Arbeitsabkommen für die Eisenbahnen stattfinden.

Ernährungsminister Dr. Gehr über die Linnage.

Berlin, 22. Juni. Im Laufe der gestrigen Sitzung des Reichstags über die Getreidemenge im volkswirtschaftlichen Aufschuß des Reichstags erklärte der Reichs Ernährungsminister Dr. Gehr über seine Stellung zu dem Gesetz folgendes:

Er sieht grundsätzlich auf dem Standpunkt der freien Wirtschaft, denn eine Forderung der Produktion sei nur möglich, wenn jeder Landwirt sich frei betätigen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Wahrung der Ruhe und Ordnung, und diese erfordere eine Sicherstellung der Ernährung. Die Regierung habe im vorigen Jahr gegen den freien Wettbewerb der Verdrängung der heimischen Wirtschaft, welche die Linnage für notwendig halte, erfolge die Bewahrung der Landwirtschaft, daß sie das aus dem Ausland gegenüber der Linnage und aus Angst vor der Straße tue. Die Verhältnisse hätten sich gegen das Vorjahr sehr stark verändert, und deshalb könne er im gegenwärtigen Augenblick nicht für freie Wirtschaft auch beim Getreide eintreten. Die Not des Volkes nötige ihn zur Linnage. Wenn schon ein Teil des Getreides aus dem Ausland gedeckt werden müsse, so müsse ein entsprechender Teil im Inland billiger erst werden, weil sonst der Brotpreis auf eine unendliche Höhe steigen würde. Eine freiwillige Lieferung durch die Landwirtschaft sei unsicher, zumal sie selbst

die diesjährigen Ernteaussichten als sehr ungünstig bezeichnen, das würde zu einer Zurechtweisung des Getreides führen, die bei steigenden Preisen schließlich einer Panik und einer Versteigerung gleichkommen würde. Bei einer Lieferung zu Marktpreisen sei eine Mitwirkung der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade wertlos und biete keine Sicherheit für die tatsächliche Lieferung. Der Vorschlag des bayerischen Landwirtschaftsministers, die Vorlage anzunehmen, aber zunächst außer Vollzug zu setzen, unterliege noch einer Nachprüfung. Gegenüber dem Angebot der freiwilligen Lieferung durch die Landwirtschaft unterlasse er sich wesentlich darauf, daß er bestimmte feststehende Linnagepreise und das automatische Inkrafttreten des Linnagegesetzes vorschle, wenn die freiwillige Aufbringung nicht erfolge. Durch eine vorläufige Aufhebung der Linnage würden aber wertvolle Wochen und Monate ungenutzt verstreichen. Die etwas unbestimmte Forderung der Vorlage für die Unterbrechung sei auf Wunsch der Länder gewollt worden, um den verschiedenen örtlichen Verhältnissen gerecht werden zu können. Es könne auch wieder Zeiten geben, wo die Landwirtschaft auf die Hilfe der Verbraucher angewiesen sei, um ihre Produktionsfähigkeit zu erhalten. Deshalb dürfe man jetzt nicht jede Brücke zwischen Erzeugern und Verbrauchern abbrechen.

Die Sozialisten in Sachsen.

Dresden, 22. Juni. Bei der heutigen Beratung des Finanzrats im sächsischen Landtag gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, in der sie ihre Bereitwilligkeit betonten, dem Finanzrat zuzustimmen und die sozialistische Regierung zu unterstützen. Die R. V. D. fordert die beiden sozialistischen Parteien auf, gemeinsam die Aufhebung des Landtags vorzunehmen und geschlossen für die Forderungen einzutreten. Bei der in nächster Zeit bevorstehenden Verabschiedung des Gesamtsatzes ist mit dessen Annahme durch die drei Linksparteien zu rechnen.

Die Denkwürdigkeiten des Kaisers.

Berlin, 22. Juni. Der Generalbevollmächtigte des Kaisers hat die Telegraphen-Litanei um die Veröffentlichung folgender Erklärung gegeben: Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß der Kaiser die benachbarten herauskommen Erinnerungen angeboten und nimmere nach Amerika verkauft hat. Der Kaiser hat die Herausgabe des Buches lediglich dem Verlag Köhler in Leipzig übertragen. Allen Verhandlungen über weitere Verwertung steht er vollkommen fern.

Kein Verständnis für die Presse.

Berlin, 22. Juni. Dem Wolffbüro geht von unterrichteter Stelle u. a. folgendes zu: Nachdem der Reichstag und Reichsregierung sich von der Notwendigkeit der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Notlage der deutschen Zeitungen überzeugt haben, wird von den Ländern die ganze Aktion durchgezogen. Da mit dem Beginn der Reichstagsferien in nächster Zeit ein Stillstand der gesetzgeberischen Arbeiten eintreten muß, wird dadurch ein weiterer Kreis von Zeitungen der Not und dem Sterben ausgeliefert. Bitte und Selbstkritik werden mit aller Energie eingesetzt, dagegen erheben, daß die Länder in Verfolg von Sonderinteressen die Forderung der Gesamtheit des deutschen Volkes außer acht lassen.

Die Tschekisierung Deutsch-Böhmens.

Prag, 22. Juni. Im Verfahrtechnischen Ausschuß des Prager Abgeordnetenhauses protestierten sämtliche deutsche Abgeordnete gegen die Regierungsvorlage betr. Verstaatlichung der Auffig-Tepler Eisenbahn. Der Vorliegende sieht zwei deutsche Abgeordnete durch die Parolen: „Deutsch-nationale Abgeordnete erklären, die Vorlage bewirke nur die Tschekisierung Deutsch-Böhmens. Die ganze Aktion sei aus militärischen Gründen erfolgt und eichte sich vor allem gegen Deutschland. Die Regierungsvorlage wurde schließlich nach Ablehnung aller deutschen Änderungsanträge angenommen und wird heute dem Plenum des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden.

Der Bürgerkrieg in China.

Paris, 22. Juni. Nach einer Kabelmeldung aus Peking hat Sunhatsen den chinesischen Dampfer „Gaihi“ verlassen und ist der neuen provisorischen Regierung von Peking ausgeliefert worden. Diese provisorische Regierung wurde von den Feinden Sunhatsens gebildet, die sich der Regierung von Peking angeschlossen haben.

Die deutschen Kampfschiffe.

Mittwoch war Fußballtag. Es fand aber doch das Endspiel Landwehr-Marine 2:2 statt. General v. Seekt war für die Heeresleitung anwesend. Landwehr führte bis zur Pause 2:0.

Anschließend fand der Kampf im Rugby. Der deutsche Meister Frankfurt 1880 und Hannover 1878. Der erste gewann mit seiner größeren Schnelligkeit den Pokal 10:0.

Dann fanden sich Klub zu Klub in Bremen und Leipzig Sportklub, beide bisher unbesiegt, im Hockeykampf, gegenüber. Leipzig gewann mit 5:3 (2:3).

Gestern Donnerstag gab es großen Tag im Stadion. In der Zuschauertribüne um den Kampfsportplatz des deutschen Fußballbundes fanden sich Berlin und Westdeutschland, Süd- und Norddeutschland gegenüber. Diefelbe hat bereits Westdeutschland Berlin geschlagen, unangefochten in Köln, und 1913 in Berlin. Diesmal stand es 2:0 (2:0) Niederlage ein.

Ein schönes Spiel wurde das des Lebens gegen den

Norden. Ersterer gewann 1:0 (1:0), aber auch die Norddeutschen waren auf glänzender Höhe. West und Süd haben nunmehr in der Endrunde zu spielen.

Kleine Nachrichten.

Verurteilte Raubmörder.

Hirschberg, 22. Juni. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht den 42 Jahre alten Fleischer und Viehhändler Baier aus Bodenbach in der Tschado-Schadow wegen Raubmordes zum Tode. Er hatte den Gendarmen und Führer des Reichsbahnpolizei aus Hirschberg bei Hirschberg in Schlesien auf der Landstraße ermordet und beraubt.

Das Recht der Gasse.

Berlin, 22. Juni. In einigen Gemeinden Österreichs befindet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei im Streit wegen Differenzen. Infolge Drohung der Streikenden mit Terrorakten richtete der Bezirkshauptmann von Steyr an die industrielle Arbeiterpartei eine Warnung, in der auch auf das Befolgen des Koalitionsgesetzes aufmerksam machte. Als Folge davon erschienen gestern ungefähr 4000 Demonstranten vor der Bezirkshauptmannschaft, hielten den Bezirkshauptmann unter Mißhandlungen aus der Kanzlei heraus und forderten ihn auf, seine Stellung zu rechtfertigen. Von den Demonstranten wurde keine Abhandlung verlangt. Schließlich gestand sich die Menge auf, die den Streik des Landarbeitersverbandes. Der Bezirkshauptmann wurde dann von den Arbeiterführern in die Kanzlei zurückgeführt.

Auf der Wacht.

Bis zum Ende dieses Monats müssen in Preußen die Neuwahlen zu den Elternbeiräten getätigt sein. In einer Reihe von Städten so auch in Neuß, ist die Wahl schon vorüber. Die bereits vollzogenen Wahlen liefen für die Sache der christlichen Schule ein erfreuliches Bild. Ganz allgemein ist ein Wachsen der Zahl der Vertreter der Elternbeiräte zu verzeichnen, dagegen zeigt die Zahl der Vertreter der weltlichen Schule bis jetzt eine rückläufige Bewegung. Die Zahlen von Berlin sind schon bekannt, für Essen lauten die Zahlen für die katholischen Schulen gar so: 871 katholische Elternbeiratsmitglieder und nur 15 Vertreter der sozialistischen Partei. Essen hat noch keine weltlichen Schulen, also ein glänzender Sieg. In Köln wurden letzten Sonntag an 157 Schulen gewählt: 1580 Anhänger der Elternbeiräte (1920: 1487) und 95 Vertreter der „freien“ Schule (1920 waren es noch 2281). Die Industrie- und ländliche Beiräte, überall regt sich das Gewissen der Eltern: Bis hierhin und nicht weiter.

Das sind für uns hochbedeutsame Tatsachen. Zeigen sie uns doch, daß die mit Hochdruck betriebene Agitation für die weltliche Schule nicht mehr zieht, daß vielen Eltern die Augen geöffnet worden sind. Für uns aber müssen diese Ergebnisse ein Ansporn sein, nicht nachzulassen im Kampfe für das christliche katholische Schulideal. Wenn auch nach den bisherigen Erfahrungen das Verständnis für die Sache der christlichen Schule erfreulich zugenommen hat, wenn auch das christliche Volk immer mehr erfährt, welche ein Kleinod die christl. Schule bedeutet, so ist es doch unbedingt nötig, dieses Verständnis in weitere Kreise zu tragen und die diesjährigen Wahlen zu den Elternbeiräten zu einem guten Ende zu führen. Katholische Eltern bedenkt, daß der Kampf um das Reichsschulgesetz noch nicht zu Ende ist, daß er nur scheinbar ruht, so lange das Gesetz in der Kommission behandelt wird. Sobald die Verhandlungen im Plenum wieder beginnen, wird es in aller Schärfe wieder aufleben!

Der Ausfall der Elternbeiratswahlen ist für diese Verhandlungen von größter Bedeutung. Stellen dieselbe eine machtvolle Rundgebung für die christl. Schule dar, so muß das Gesetz in unserm Sinne entscheidend beeinflusst werden. Ergründen die Vertreter der weltlichen Schule achtunggebietende Erfolge, so kann die Gesetzgebung auch daran nicht vorbeigehen.

Die Zentralstelle der Schulorganisation, Düsseldorf, Witterstr. 36, bittet nochmals alle Ergebnisse, auch wenn nur 1 Liste eingereicht war, mitzuteilen. Bei der Zentralstelle ist auch alles Material zu beziehen (Kugelschreiber, Mahnpfeile, etc.). Vor allem sei hingewiesen auf die Broschüre „Der Elternbeirat“, die zu 4,50 M. zu beziehen ist. Allen Elternbeiratsmitgliedern wird diese Schrift dringend empfohlen.

Köln, 22. Juni. Am Markt für ausländische Zahlungsmittel war die Haltung den ganzen Tag über sehr schwach, nachdem die Kurse im frühen Vormittag fest lagen.

Holland (100 Gulden) 12.704,100, 12.735,900; Frankreich (100 Franken) 2831,450, 2838,550; Belgien (100 Franken) 2884,100, 2890,900; Amerika (ein Dollar) 928,1750, 929,0750; Goldmark (1 Pfund Sterling) 1456,850, 1459,850; Schweiz (100 Franken) 6247,130, 6262,850; Italien (100 Lire) 15880, 15920.

Nachdrücklich war die Haltung eine Meinungslosigkeit schwächer, um angeblich (8 Uhr) wieder etwas anzukommen. Man hörte: Holland 12.675—12.725, Paris 2820 bis 2830, Schweiz 6275—6285, London 1459 bis 1468, New York 328—329.

